Baupolitik ist auch Klimapolitik

Das Klima wird sich weiter erwärmen. Nach den Erkenntnissen der Klimaforschung ist die Sicherung von Frei- und Grünflächen für Städte und
Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel ebenso unverzichtbar wie eine umsichtige Stadtplanung. Dem wird das Vorhaben zum
Bau von bis zu 195 Wohnungen nicht entsprechen. Die Erfahrung mit der
grün-roten Koalition hat gezeigt, dass der Versiegelungsgrad bei deren
Projekten mit Geschosswohnungsbau oft 80% beträgt, Regenwasser
kann auf derart zugebauten Flächen nur noch entsprechend eingeschränkt versickern. Die auf hohe Dichte ausgelegten grün-roten Bauabsichten in Ückesdorf werden die Durchlüftung des Plangebiets und die
seiner Umgebung absehbar verringern.

Haben Sie Anregungen oder Anliegen?

Sprechen Sie uns an:



Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender **Marcel Schmitt** Rathausgasse 5-7 53111 Bonn

Tel.: 0228-1 84 77 61



Stadtverordneter und stellv. Fraktionsvorsitzender **Johannes Schott** Rathausgasse 5-7 53111 Bonn Tel: 0178-4 93 20 13

BBB – Ihre Stimme im Stadtrat

www.bbb-im-rat.de

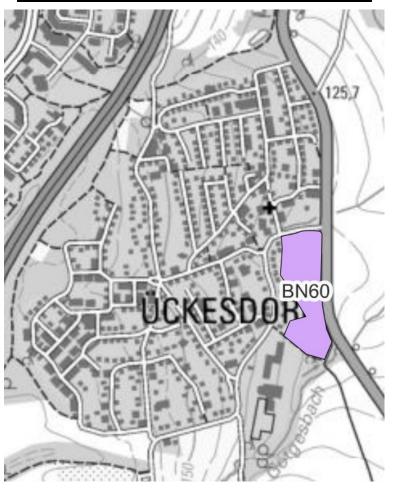
V.i.S.d.P.: *BBB*-Fraktion, Altes Rathaus, Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn, Tel.: 0228-77 54 45, Fax: 0228-77 54 47, e-mail: bbb.fraktion@bonn.de Geschäftsführer: Ingmar Gahm



Bürger Bund Bonn Unabhängige Wählergemeinschaft

Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Wir informieren Sie:



Die grün-rote Ratskoalition will den Schmalzacker bebauen lassen!



Sehr hohe bioklimatische Bedeutung

Es handelt sich um Grünflächen, die Teil einer Kaltluftleitbahn sind oder im Einzugsgebiet dieser liegen und diese speisen. Sie sind daher für die gegenwärtige Siedlungsstruktur besonders wichtige klima-ökologische Ausgleichsräume mit einer sehr hohen Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung. Bauliche Eingriffe sollten unterlassen werden. Zur Optimierung der Ökosystemdienstleistung sollte eine Vernetzung mit benachbarten Grün-/Freiflächen erreicht werden (Grünverbindungen). Unmittelbar angrenzende Siedlungsgebiete profitieren enorm von ihrer klimaökologischen Wirkung und sollten daher gut durchströmbar für Kaltluft bleiben.



Kaltluftentstehungsgebiet

Hauptströmungsrichtung der Flurwinde



>0.2 bis 0.3 / > 0.3 bis 0.5> 0.5 bis 1 / >1 m/s

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Bereits der Amtsvorgänger von Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Grüne) hatte den zuständigen Gremien vorgeschlagen, auf der Fläche zwischen der Max-Braubach-Straße, der Reichsstraße, dem Carl-von-Ossietzky-Gymnasium und der Straße Im Schmalzacker eine Wohnnutzung zu entwickeln – allerdings vorbehaltlich eines Klimagutachtens. Ausgerechnet darauf verzichten die Bonner Grünen, die sich gerne als Klimaschützer darstellen, gleich ganz und haben zusammen mit ihren Mehrheitsbeschaffern von SPD und Linken im Stadtrat ihre Oberbürgermeisterin beauftragt (Drucksache 241964), für die oben genannte Fläche einen Zielbeschluss zur Wohnbebauung zu entwickeln.

Die **Mehrheitskoalition will** die Fläche mit "idealer Dichte" bebauen. Das bedeutet insbesondere bei den Bonner Grünen und ihren Erfüllungsgehilfen maximaler Geschosswohnungsbau und minimale Anzahl von Stellplätzen.

Die BBB-Fraktion hat diesen Vorschlag aus guten Gründen abgelehnt:

Der Deutsche Wetterdienst hatte vor der Bebauung des oberhalb gelegenen Gebietes "Am Hölder" in Röttgen in seiner gutachterlichen Stellungnahme bereits darauf hingewiesen (Drucksache 1013363ST2), dass jede weitere, zusätzliche Bebauung im Katzenlochbachtal/Lengsdorfer Bachtal aus klimatischen Gründen unterbleiben muss.

Die Klimaanalysekarte der Stadt bestätigt die hohe Bedeutung der Freifläche für die nächtliche Kaltluftbildung (s. links). Im Falle einer Bebauung treten zwei sich verstärkende Effekte ein: Zum einen kann sich auf versiegelten Flächen nachts keine Kaltluft mehr bilden. Und zum anderen heizt sich gerade in den Sommertagen die Gebäudemasse der Neubauten stark auf. Die Folge wird ein deutlicher Anstieg der Wärmebelastung in der direkt südlich als auch nördlich angrenzenden Bestandsbebauung sein.

Steigende Einwohnerzahlen lösen nicht nur einen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum aus, sondern bedingen auch Erweiterungen der Infrastruktur. Zusätzliche Schulen und Kindergärten müssen am Ende alle Bonnerinnen und Bonner mit ihren Steuern bezahlen.

Bürger Bund Bonn

Fraktion im Rat der Stadt Bonn